

BRIEF AUS BERLIN



Nr. 16 | 9. September 2022

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

mit dem folgenden Brief aus Berlin möchte ich Ihnen zu Ihrer freundlichen Information eine Übersicht zu den Neuigkeiten sowie inhaltlichen Debatten im Rahmen der Haushaltsswoche aus dem Deutschen Bundestag vom **5. September bis 9. September 2022** geben.



Die sitzungsfreie Zeit konnte ich nutzen, in meinem Amt als Vorsitzender der Arbeitsgruppe Sport und Ehrenamt der CDU/CSU-Fraktion viele Termine in meinem Wahlkreis und in Bayern wahrzunehmen. Im Besonderen möchte ich die fulminant erfolgreichen European Championships(ECC) herausstellen, welche ich trotz heftigem Widerstand in der letzten Wahlperiode als Parlamentarischer Staatssekretär nach München holen konnte. Als Mitglied des Honorary Board der ECC konnte ich nicht nur in der Planung, sondern auch bei der Umsetzung vor Ort mitwirken. Friedliche Spiele, eine überragende Leistung der deutschen Athletinnen und Athleten und perfekte Organisation mit einem begeisterten Publikum. Für mich eine bestandene Bewährungsprobe und daher ein klares Fazit von meiner Seite - Bayern kann Olympia.

– I. Die Politische Lage in Deutschland –

In Trauer Verbunden

Mit tiefer Trauer habe ich die Nachricht vom Tod Ihrer Majestät Königin Elizabeth II vernommen. Königin Elizabeth II hat das Vereinigten Königreich und die ganze Welt fast ein Jahrhundert geprägt. Dafür genoss Sie auch bei uns in Deutschland Ansehen, Respekt und Bewunderung. Ihr zartes Auftreten, ihre vorbildliche Pflichterfüllung und ihren klaren Worte werden uns stets in lebendiger Erinnerung bleiben. Ihr Tod ist ein tiefer Einschnitt und das Ende einer Epoche. Ich selbst durfte ihre Königliche Hoheit bei ihrem Staatsbesuch in Deutschland im Jahr 2015 hautnah erleben. Eine warme Erinnerung für ich innig Dankbarkeit empfinde. Ich verneige mich vor einer der größten Persönlichkeiten unserer Ära und ihrer Lebensleistung.

Ebenso betrauerere ich das Ableben von dem ehemaligen Präsident der Sowjetunion und großen Staatsmann Michail Gorbatschow. Ich danke ihm für seinen entscheidenden Beitrag zur deutschen Einheit und zolle ihm großen Respekt für seinen Mut zur demokratischen Öffnung und zum Brückenschlag zwischen Ost und West. Er bleibt in unserer aller Erinnerung durch seine große Vision von einem gemeinsamen und friedlichen Europa.

Kernbotschaften der Woche

Krieg in Europa, Energiepreise auf Rekordniveau, Gefahr einer Wirtschaftskrise. Deutschland braucht Klarheit in unsicheren Zeiten. Doch statt Orientierung zu geben und Verantwortung zu übernehmen, stiftet die Ampel-Regierung mit Verzagtheit, Verzögerungen und Dauerstreit weitere Unsicherheit und Unruhe in der Bevölkerung. Gleichzeitig hat die Bundesregierung bis heute keinen Plan für eine stabile, unabhängige und bezahlbare Energieversorgung und riskiert sehenden Auges eine Wirtschaftskrise. Sie hat die Sommerpause mit Streitereien vertrödelt. Seit Sonntagmorgen liegt das neue Entlastungspaket der Bundesregierung vor. An den entscheidenden Stellen bleibt es vage und unkonkret. Die zentrale Frage der Kapazitätsausweitungen bei der Stromproduktion bleibt unbeantwortet. Die Bundesregierung trifft keine Entscheidung zum Weiterbetrieb der Kernkraftwerke, keine Entscheidung zum Stopp der Gasumlage und keine Klarheit bei der Dämpfung der Energiekosten. Beim Strompreis wird weder die Höhe noch der Zeitpunkt der Entlastung genannt. Wie sich die angeblichen 65 Mrd. Euro zusammensetzen, bleibt vollkommen intransparent. Das sind keine ausreichenden Maßnahmen gegen Energiepreisexplosion und Inflation. Auch wenn die Ampel die eine oder andere Forderung von uns – wie etwa die Energiepreispauschale für Rentnerinnen und Rentner und Studenten – übernommen hat: Wir sehen deutlichen Nachbesserungsbedarf bei Entlastungen für Bürger und Mittelstand. Deutschland braucht jetzt einen starken Plan mit Klarheit in unsicheren Zeiten und den richtigen Antworten auf die großen Herausforderungen der Energieversorgung, auszuschöpfen. Neben Wind, Sonne, Wasserkraft und Biomasse zählt dazu auch die Kernenergie. Wir brauchen ein neues Strommarktdesign, damit wir die Preisdynamik durchbrechen. Dazu muss Gas aus der Strompreisbildung herausgerechnet werden. Für eine wirkliche Entlastung brauchen wir zudem einen Preisdeckel für den Grundverbrauch von Haushalten. Damit die Unternehmen über die kommenden Monate gute und sichere Arbeitsplätze in Deutschland erhalten können, fordern wir eine Unternehmenssteuerreform.

– II. Die Woche im Parlament –

Dieser Bundeshaushalt wird der aktuellen Krisensituation nicht gerecht

In dieser Sitzungswoche – der Haushaltswoche – befassen wir uns in erster Lesung mit dem Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2020 und dem Finanzplan des Bundes 2022 bis 2026. Der Bundeshaushalt ist gezeichnet von zahlreichen Unwägbarkeiten und offenen Flanken: Inflation, Ukraine-Krieg, Corona-Pandemie, Rekordverschuldung, permanente Mehrforderungen aus den verschiedenen Ressorts der Ampelregierung. Hinzu kommen steigende Zinskosten, die Spielräume weiter einschränken. Die Einhaltung der Schuldenbremse – von Finanzminister Christian Lindner hoch und heilig versprochen – ist bereits jetzt auf Kante genäht. Deutlich wird: Strukturelle Probleme im Haushalt traut sich die Ampel nicht anzugehen. So ist der Bundeszuschuss zur Gesetzlichen Rentenversicherung inzwischen auf 112,4 Mrd. Euro - 25 % des Haushaltsvolumens – angewachsen. Bis 2026 steigt er weiter auf 128,8 Mrd. Euro (29,5 % des Haushaltsvolumens). Statt dringend notwendiger Reformen werden Probleme mit Geld zugeschüttet – Geld, das bereits jetzt an anderer Stelle fehlt. Doch damit nicht genug: Mit Bürgergeld und Kindergrundsicherung stehen weitere umfangreiche Ausgabenwünsche der Koalition an. Wie sollen daneben noch die angekündigten weiteren Entlastungen und der vom Bundesfinanzminister endlich zugesagte Ausgleich der kalten Progression

finanziert werden? Der Bundesrechnungshof bringt es auf den Punkt: „Aus dem Haushaltsentwurf wird die wahre Lage der Bundesfinanzen nicht deutlich“, heißt es in einem aktuellen Bericht.

Priorisierungen und eine zukunftsgerichtete Haushaltspolitik sind im Ampel-Entwurf nicht erkennbar. Dieser Haushalt wird der aktuellen Krisensituation nicht gerecht. Schon jetzt ist klar: Es wird wieder kurzfristige, reaktive Nachbesserungen geben müssen – schuldenfinanziert auf Kosten der nachfolgenden Generationen.

Aufrechterhaltung der Sportstättenförderung

Am heutigen Freitag hatte ich die Möglichkeit in meiner Rede im Deutschen Bundestag meine Forderungen zur Aufrechterhaltung der Sportstättenförderung in der Haushaltsdebatte weiter zu erläutern.

Die Bundesregierung plant, das Förderprogramm „Investitionspakt Sportstätten“ ab 2023 nicht weiter fortzuführen. Die geplante Einstellung des erfolgreichen Programms zur Sportstättenförderung ist ein schwerer politischer Fehler, weil sie vor allem abrupt erfolgt. Für die Kommunen war sie unvorhersehbar. Die Kommunen brauchen weiterhin die Unterstützung, denn es gibt deutschlandweit einen erheblichen Investitionsstau bei der Sanierung von Sportstätten. Dieser muss aufgelöst werden.

Darüber hinaus sendet das plötzliche Ende des Programms an alle Sportler und ehrenamtlich Tätigen, die Sport treiben, sich engagieren wollen und dies auch für unsere Gesellschaft tun, das verheerende Signal: Beim Sport wird zuerst gekürzt, denn er spielt keine wichtige Rolle. Bundesministerin Clara Geywitz fordere ich auf, gemeinsam mit den Ländern Ideen und Programme zu entwickeln, um die Situation des Sports in diesem Bereich zu verbessern.

Die Pläne des Bundes laufen schließlich dem Ziel zuwider, die Menschen in unserem Land nach der Pandemie wieder zurück zum Sport zu führen. Die Bundesregierung kann nicht auf der einen Seite einen Bewegungsgipfel planen und auf der anderen Seite den Erhalt der Sportstätten vernachlässigen – das ist sportpolitische Heuchelei!“

Hintergrund:

Die Bundesregierung hat im Kabinettsbeschluss zum Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2023 festgelegt, das Programm „Investitionspakt Sportstätten“ ab 2023 nicht weiter fortzuführen. Mit dem Haushalt 2022 wurden noch 110 Millionen Euro für das Förderprogramm 2022 zur Verfügung gestellt. Den „Investitionspakt Sportstätten“ hatte die von CDU und CSU geführte Bundesregierung im Jahr 2020 als ergänzendes Programm zur Städtebauförderung aufgelegt.

Sollten Sie mehr über meine Arbeit in Berlin und in meiner Heimat Altötting/Mühldorf am Inn wissen wollen, schauen Sie doch einfach auf meiner persönlichen Webseite vorbei: www.mayer-stephan.de.
Dort finden Sie Aktuelles, Persönliches und sind immer bestens informiert!

Für Rückfragen stehe ich Ihnen selbstverständlich gerne zur Verfügung und wünsche Ihnen weiterhin viel Freude beim Lesen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Stephan Mayer

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030-227-74932

Fax: 030-227-76781

E-Mail: stephan.mayer@bundestag.de

Web: www.mayer-stephan.de